vorwärts EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

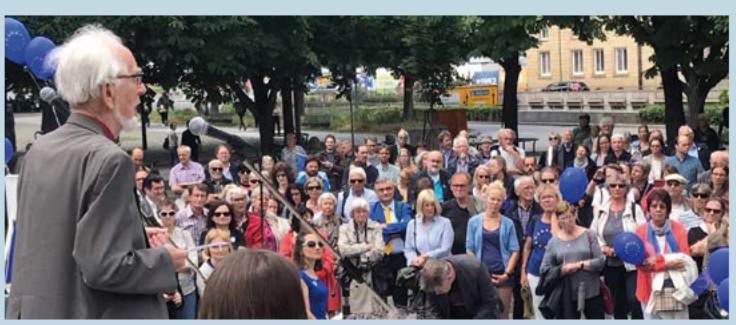
AUFBRUCHSSIGNAL IN DORTMUND

Die SPD Baden-Württemberg kann auf dem Programmparteitag punkten

Der Bundesparteitag in Dortmund war ein Aufbruchssignal. Mehr als 6000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren in der Westfalenhalle dabei, um endgültig in den Bundestagswahlkampf zu starten – so auch hunderte Genossinnen und Genossen aus Baden-Württemberg.

Wir haben einen kämpferischen Martin Schulz erlebt: Unser Parteivorsitzender zeigte klare Kante und klare Richtung auf – im Gegensatz zur Union, die mit Frau Merkel bislang keinen Piep dazu gesagt hat, wo sie in der nächsten Legislaturperiode hin will. Sich auf den Lorbeeren der Vergangenheit auszuruhen, das reicht nicht, Frau Merkel. Keine Power, nur Planlosigkeit!

Unser Wahlprogramm hat eine klare Ausrichtung: mehr Gerechtigkeit, Investitionen in die Zukunft, ein vereintes, friedliches und soziales Europa. Programm, Partei und Person passen zusammen, das ist ganz wichtig. Mehr Steuergerechtigkeit, die Bürgerversicherung, bezahlbare Wohnungen, gebührenfreie Bildung, die Digitalisierung menschlich gestalten, die Ehe für alle – dafür steht die SPD als linke Volkspartei. Und dafür lohnt es sich, mit vollem Herzen zu kämpfen!



Erhard Eppler, ehemaliger SPD-Landesvorsitzender und Bundesminister, hielt bei der Kundgebung von *Pulse of Europe* in Stuttgart ein beeindruckendes Plädoyer für ein gemeinsames Europa. „Europa wird nur durch Solidarität handlungsfähiger, nicht durch irgendwelche Parolen", mahnte der 90-jährige SPD-Vordenker. Er kritisierte insbesondere die Haltung von Merkel und Schäuble gegenüber Griechenland – ihnen sei die Wettbewerbsfähigkeit der EU wichtiger als die Solidarität untereinander.

Programm, Partei und Person passen zusammen

Wir konnten als SPD Baden-Württemberg schon vor dem Parteitag Akzente setzen, um unseren Markenkern der sozialen Gerechtigkeit hervorzuheben. Vieles, was wir eingefordert haben, findet sich im Programm wieder – etwa in der Arbeitsmarktpolitik oder zum Kinderschutz. Auch mit unseren Beschlüssen zur Rente bin ich weitgehend sehr einverstanden. Das Wichtigste ist, bereits lang beschlossene und Stück für Stück wirksam werdende Abschläge zurückzunehmen.

Und unser Gesamtpaket, mit dem wir eine gerechtere Beteiligung an den gesellschaftlich gewollten und nötigen Ausgaben erreichen, ist ein steuerpolitischer Meilenstein, von dem die CDU himmelweit entfernt liegt: Unten und in der Mitte entlasten, ganz oben belasten.

Gerechtigkeit als Kernanliegen

Es kommt jetzt darauf an, dass wir die Unterschiede zur Union deutlich machen: Uns ist mehr Gerechtigkeit ein Kernanliegen, der CDU ist das egal. Wir wollen mit Investitionen unser Land fit halten, der CDU geht die schwarze Null über alles. Wir wollen ein soziales und solidarisches Europa, die CDU hat in Wahrheit in den letzten Jahren mit dafür gesorgt, dass die Gräben weiter aufgegangen sind. Wir und ich wollen in den nächsten Wochen und Monaten alles dafür tun, dass Martin Schulz der nächste Bundeskanzler wird – und ein neues Zeitalter nach dem Mehltau der Merkel-Jahre beginnt!

Ich freue mich, euch im Wahlkampf zu treffen. Lasst uns den Schwung vom Parteitag mitnehmen. Glück auf!

Eure

Die SPDqueer hatte Unterstützung aus ganz Baden-Württemberg beim Christopher Street Day in Karlsruhe. Zahlreiche Mitglieder füllten den bunten LKW und sorgten für eine super Stimmung in der Innenstadt. Unter dem Motto „Bunte Liebe statt brauner Hass" demonstrierten sie gemeinsam lautstark für die Gleichberechtigung aller Menschen – und mit der klaren Ansage: Nur mit der SPD und einem Kanzler Martin Schulz wird es die „Ehe für alle" geben! Bereits im Vorfeld kamen 3000 Demonstranten zur Kundgebung gegen einen Aufmarsch von Rechtspopulisten. Die SPD-Landesvorsitzende Leni Breymaier zeigte in ihrer Rede klare Kante: „Wir brauchen keine Oberlehrer, die bestimmen wollen, wie wir zu leben haben. Heute geht es gegen die Schwulen, morgen gegen die Ausländer. Wir wollen unsere Gesellschaft in Toleranz, gegenseitiger Wertschätzung und Respekt stärken. Wehret den Anfängen!"

TERMINE IM JULI

Sonntag, 2. Juli · 11:30 Uhr
Antragskommission, Stuttgart

Dienstag, 4. Juli · 10:30 Uhr
AG 60 plus-Landesvorstand, Stuttgart

Samstag, 8. Juli · 10:30 Uhr
ASJ-Landesvorstand, Stuttgart

Freitag, 4.Juli · 15:30 Uhr
Präsidium, Stuttgart

Freitag, 14. Juli · 17:30 Uhr
ASF-Landesvorstand, Stuttgart

Samstag, 22. Juli · 9:30 Uhr
Präsidium, Balingen

Samstag, 22.Juli · 10:30 Uhr
Landesvorstand, Balingen

Samstag, 22. Juli · 11:30 Uhr
Kleiner Landesparteitag, Balingen

Freitag, 28.Juli · 18:00 Uhr
AG 60 plus-Landesvorstand, Esslingen

Samstag, 29.Juli · 10:30 Uhr
AG 60 plus-Landesdelegiertenkonferenz, Esslingen

IM AUGUST

Freitag, 11. – Sonntag, 13. August
Juso-Wahlkampfcamp, Überlingen

Beim Workshoptag in Fellbach herrschte gute Stimmung. Gemeinsam diskutierten die Mitglieder des Landesvorstands die Themen Europa, Rente, Digitalisierung, Wohnungsbau, Integration, Gesundheit, Innere Sicherheit und Prostitution. Die Ergebnisse fließen in die Arbeit der Landes-SPD ein.

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM JULI

zum 90. Geburtstag:
[redacted]

zum 91. Geburtstag:
[redacted]

zum 92. Geburtstag
[redacted]

zum 93. Geburtstag
[redacted]

zum 94. Geburtstag
[redacted]

zum 95. Geburtstag:
[redacted]

zum 96. Geburtstag
[redacted]

zum 97. Geburtstag:
[redacted]

zum 50. Parteijubiläum:
[redacted]

zum 60. Parteijubiläum:
[redacted]

LANDESPARTEITAG

SAMSTAG, 18. NOVEMBER 2017
DONAUESCHINGEN · DONAUHALLEN

- 10.30 Uhr: Eröffnung, Begrüßung Gabi Rolland, stv. Landesvorsitzende
- Konstituierung
- Grußworte
- Rede von Leni Breymaier, Landesvorsitzende
- Aussprache
- Antragsberatung
- Wahlen
  - Mitglieder der Antragskommission
  - Delegierte zum Bundesparteitag
  - Delegierte zum Parteikonvent
- ca. 17.30 Uhr: Schlusswort

Allgemeiner Antragsschluss: 7. Oktober

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE IM AUGUST

zum 90. Geburtstag:
[redacted]

zum 91. Geburtstag:
[redacted]

zum 92. Geburtstag:
[redacted]

zum 93. Geburtstag
[redacted]

zum 94. Geburtstag:
[redacted]

zum 95. Geburtstag:
[redacted]

zum 96. Geburtstag:
[redacted]

zum 97. Geburtstag
[redacted]

zum 100. Geburtstag:
[redacted]

zum 50. Parteijubiläum:
[redacted]

zum 60. Parteijubiläum:
[redacted]

zum 70. Parteijubiläum:
[redacted]

IMPRESSUM
Herausgeber:
Andreas Reißig

Redaktion: Andreas Reißig · Stefanie Liepins

Anschrift:
SPD-Landesverband
Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 0711 619 36-31 · Fax -55
E-Mail: andreas.reissig@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

MIT VIEL ENERGIE IN DEN WAHLKAMPF

Ende Mai trafen sich in Filderstadt mehr als 400 Genossinnen und Genossen aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern, um sich gemeinsam fit für den Wahlkampf zu machen. Katarina Barley, Leni Breymaier und Luisa Boos stimmten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen auf einen energiegeladenen Wahlkampf ein, der auf viele direkte Kontakte mit den Bürgerinnen und Bürgern setzt. In den verschiedenen Workshops ging es unter anderem um den erfolgreichen Einsatz von Tür-zu-Tür-Wahlkampf, klare Botschaften in den sozialen Medien, den Umgang mit rechten Parolen und einen kreativen Jugendwahlkampf.

FOTOS: BENJAMIN STOLLENBERG

INTERVIEW MIT FRAKTIONSVIZE SASCHA BINDER ZU EVAPOL

„HÄNGEPARTIE BEI KORREKTUR DER POLIZEI-REFORM BEENDEN“

Grüne und CDU haben im Koalitionsvertrag eine zeitnahe Evaluierung der Polizeistrukturreform vereinbart, die unter SPD-Innenminister Reinhold Gall umgesetzt wurde. Im September 2016 hat Innenminister Strobl einen Lenkungsausschuss und eine Projektgruppe eingesetzt. Das Projekt EvaPol untersuchte in sieben Teilprojekten Struktur und Aufgabenwahrnehmung der regionalen Polizeipräsidien und des Polizeipräsidiums Einsatz, des Präsidiums Technik, Logistik, Service der Polizei und der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg. Der Lenkungsausschuss übergab am 28. März 2017 seinen Abschlussbericht an den Innenminister. Dieser kündigte eine Entscheidung bis Sommer 2017 an.

Die beiden MM der SPD-Fraktion, Malin Melbeck und Martin Mendler, hakten bei Fraktionsvize Sascha Binder nach, wie er die Evaluation, die Empfehlungen und den Diskussionsprozess politisch einschätzt.

Der Abschlussbericht des Lenkungsausschusses kommt zu dem Ergebnis, den bestehenden Zuschnitt der Präsidien zu verändern und zwei zusätzliche Präsidien zu schaffen. Hältst Du dies für eine gute Empfehlung, die man umsetzen sollte?

Binder: Der Abschlussbericht stellt der Gallschen Reform ausdrücklich eine gute Bewertung aus. Deshalb sind wir davon überrascht, dass der Lenkungsausschuss in seinem Abschlussbericht nicht konkret begründet, warum angesichts der positiven Entwicklungen Veränderungen in der Anzahl der Präsidien und bei den Zuschnitten erforderlich sind. Ich vermisse Aussagen im Detail dazu, warum hier Änderungen vorgenommen werden sollen. Es werden auch keine Punkte aufgezählt, die aufgrund der jetzigen Präsidiumszuschnitte schlecht gelaufen sind. Es wird auch nicht schlüssig dargelegt, warum es mit mehr Präsidien und veränderten Zuschnitten besser laufen soll. Unklar ist ferner, wie sich die vorgeschlagenen Zuschnittsveränderungen auf Polizeipräsidien auswirken, die sich in ihrem Zuschnitt ausdrücklich bewährt haben. Im Ergebnis bringt dieser Vorschlag Unruhe in die Polizei. Die Umsetzung der Empfehlung würde die Polizei in die Zeit vor der Polizeistrukturreform zurückwerfen.

Wie bewertest Du die weiteren Ergebnisse im Abschlussbericht des Lenkungsausschusses? Kann die SPD da beim einen oder anderen Punkt mitgehen?

Binder: Die Evaluierung bestätigt, dass die Polizeireform richtig war, zu entscheidenden Verbesserungen beigetragen und die Polizeiarbeit zukunftsfähig gemacht hat. Zu Kernstücken zählen die vom damaligen Innenminister Gall eingeführten Strukturen wie der Kriminaldauerdienst, das Präsidium Einsatz, die zentrale Einsatzführung sowie die Bündelung von Aus- und Fortbildung unter einem Dach. Die Neuaufstellung des Staatsschutzes ist ein wichtiger Grundpfeiler im Kampf gegen den Terror. Ich finde es gut, dass der Lenkungsausschuss der Landesregierung empfiehlt, an diesen bewährten Strukturen festzuhalten. Bei dem Vorschlag, die Verkehrsunfallaufnahme neu zu strukturieren, sehe ich noch Beratungsbedarf. Im Abschlussbericht ist zwar zu lesen, dass „Aufwand und Nutzen für eine spezialisierte Verkehrsaufnahme außerhalb von Großstädten nicht in einer positiven Relation stehen“, aber anhand welcher Daten der Lenkungsausschuss zu diesem Befund kommt, bleibt offen.

Welche Forderungen stellt denn nun die SPD bei diesem Thema konkret an die grün-schwarze Landesregierung?

Binder: Der Abschlussbericht geht davon aus, dass rund 800 Stellen zu verlagern wären. Wir machen uns deshalb für ein Interessensbekundungsverfahren für alle Mitarbeiter der Polizei stark. Außerdem fordern wir, dass neue Präsidien nicht zu Lasten der Reviere gehen dürfen. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass mit mindestens 120 zusätzlichen Polizeivollzugsstellen für die Ausstattung der zwei neu zu schaffenden Polizeipräsidien gerechnet werden muss. Gleichzeitig geht der Bericht selbst davon aus, dass die Gesamtstärke der Polizei sich bis zum Jahr 2019 verringern wird. Das Versprechen von Innenminister Strobl, in Zukunft noch mehr Stellen zu schaffen, hilft an dieser Stelle nicht weiter. Wenn heute zwei neue Präsidien entstehen sollen, ist das zusätzliche Personal sofort erforderlich. Das Personal kann deshalb nur aus den Revieren abgezogen werden. Das lehnen wir ausdrücklich ab, denn es ist der falsche Weg und konterkariert eine grundsätzliche Zielsetzung der ursprünglichen Reform.

Wie verhält sich die Landesregierung zu den Empfehlungen? Wo liegen die Schwierigkeiten? Zeichnen sich Differenzen zwischen Grünen und CDU ab?

Binder: Es ist zu klären, ob die Landesregierung Polizeipräsidien der zwei Geschwindigkeiten zulassen will. Bei der Umsetzung des 14-er Modells sind sechs Präsidien von Veränderungen betroffen. Diese fangen dann wieder bei null an. Die unveränderten Präsidien arbeiten in ihren bewährten Strukturen weiter und haben schon dadurch einen Arbeitsvorteil. Außerdem stellt sich die Frage nach der Finanzierung. Bei der Umsetzung der Empfehlungen entstehen bislang nicht vorgesehene Zusatzkosten in Höhe von über 140 Millionen Euro. Dahinter steckt auch die Frage, ob es sich Grün-Schwarz leisten kann und will, so viel Geld in die Schaffung von augenscheinlich rein politisch motivierten zusätzlichen Präsidien zu stecken. Sollte die Landesregierung zu dem Ergebnis kommen, dass sie genügend Geld habe, um über 140 Millionen Euro in die Polizei zu investieren, dann müssten diese Mittel in die Finanzierung der Polizei in der Fläche fließen und nicht der Realisierung von überzogenen Wahlversprechen dienen.

Nun läuft ja die öffentliche Debatte schon ein Weilchen. Ist denn absehbar, bis wann die Regierung zu Potte kommen will?

Binder: Bürger wie auch Polizisten wissen derzeit leider nicht, mit welchen Entscheidungen sie bis wann zu rechnen haben. Auch beim Zeitplan herrscht ein Durcheinander. Während der Ministerpräsident zunächst erste Ergebnisse bis Pfingsten ankündigte, hat er sich nun skeptisch geäußert, ob man die Kuh noch vor der Sommerpause vom Eis bekommt. Ich verlange, dass die Hängepartie unverzüglich beendet wird. Es muss unter der Federführung des Innenministers zu einer raschen Verständigung kommen. Seit Monaten wird auf dem Rücken der Polizei über die Realisierung von Wahlversprechen diskutiert. Damit muss Schluss sein.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Verantwortlich:
Nicole Matthöfer
Redaktion:
Martin Mendler

Anschrift:
SPD-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart
Telefon 0711 2063-711/728
zentrale@spd.landtag-bw.de
www.spd.landtag-bw.de

www.facebook.com/
spdlandtagbw

www.twitter.com/
spdlandtagbw

NEUE IMAGE-BROSCHÜRE

Mit Portraits aller Abgeordneten, ihren Kontaktdaten und jede Menge politischen Informationen. Jetzt kostenlos bestellen. ■

LANDTAGS-FRAKTION BADEN-WÜRTTEMBERG SPD